

DIE LINKE. **| KONTAKT**

INFORMATIONSBLETT DES KREISVERBANDES EICHSFELD



AUSGABE MAI 2016

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser.

Seit dem letzten Kontakt liegen aktionsreiche Tage hinter uns: am 23. April fuhren 13 Anhänger des Kreisverbandes nach Hannover zu einem großen Gegenprotest gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Insgesamt versammelten sich Schätzungen zu Folge 90'000 Menschen in Hannover, um ihrem Unmut über die Verhandlungspositionen zum Ausdruck zu bringen.



Die Eichsfelder Delegation am Hannover Hauptbahnhof

Am 1. Mai folgte dann die traditionelle Feier zum „Tag der



Arbeit“. Ungefähr 130 Mitglieder und Sympathisanten saßen bei Kuchen, Gegrilltem und Live-Musik beisammen und hörten interessante Redebeiträge von Sigrid Hupach und Karl Werkmeister.

Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, versammelte sich der Kreisverband auf dem Sowjetischen Soldatenfriedhof in Heiligenstadt zu einer Gedenkveranstaltung und gedachten der 60 Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges.

Auch in den nächsten Wochen stehen uns einige sehr interessante und wichtige Veranstaltungen bevor (Uhrzeit und Ort entnehmen Sie bitte aus der Veranstaltungsliste der letzten Seite). Ich möchte deshalb auf die anstehende Mitgliederversammlung am 21.05.2016 im Kulturhaus in Heiligenstadt hinweisen, bei der die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Susanne Henning-Wellsow zu Gast sein wird.

Knapp eine Woche später, am 31.05.2016, kommt erneut hochkarätiger Besuch ins Eichsfeld: der Kreisvorstand hat unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu einer Gesprächsrunde eingeladen. Interessenten mögen sich telefonisch bei der Geschäftsstelle anmelden.

Kritik oder eigene Vorschläge für Beiträge könnt Ihr wie immer im Büro in Heiligenstadt einreichen oder mir einfach eine e-Mail an lucas.bode1993@yahoo.de schicken.

Nun wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen!

Lucas Bode

Sigmar Gabriels Gang zu Oskar Lafontaine – eine Aktion der Verzweiflung?

Freitag der 13. ist für viele Menschen ein Unglückstag – so wohl auch für Sigmar Gabriel, denn am 13. Mai berichtete die Zeitung „Rheinische Post“, dass es ein Geheimgespräch zwischen dem SPD-Chef Gabriel und dem Chef der Saarland-Linken Oskar Lafontaine gab. Nachdem sich die SPD-Pressestelle zunächst nicht über das Treffen äußerte, wurde es mittlerweile bestätigt.

Man rufe sich in Erinnerung, dass Lafontaine 1999 als Bundesfinanzminister der SPD zurücktrat und wenig später in den Vorstand der sich gründenden Partei DIE LINKE wechselte. Wie kommt es, dass Sigmar Gabriel sich nun also ausgerechnet Hilfe bei dem Mann sucht, der in der SPD immer noch als „Verräter“ verschrien ist?



(Foto: picture alliance / dpa)

Ob es ein Schritt der Verzweiflung ist, vermag ich nicht zu beurteilen – wohl aber ist es ein sehr kalkulierter Schritt. Die SPD befindet sich in einem historischen Umfragetief (laut INSA bei 19,5%), aus der Bevölkerung und der Union kommen beunruhigende Töne für die SPD: so verlautete Fraktionschef der CDU-Fraktion im Bundestag Volker Kauder unlängst "Eine Fortsetzung der großen Koalition sollte es nach der nächsten Wahl möglichst nicht geben, auch wenn wir nach wie vor gut mit der SPD regieren". Jens Spahn, CDU Präsi-

diumsmitglied, plädiert schon für ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene: "Am Beispiel Hessen sehen wir, wie locker Schwarz-Grün laufen kann", sagte Spahn dem Nachrichtenmagazin "Focus". "Was ich nicht will, sind vier weitere Jahre eine große Koalition." Diese würde das Land lähmen und die politischen Ränder stärken. "Wir brauchen mehr als eine Koalitionsoption. Das ist am Ende auch gut für die Demokratie und die politische Kultur."

Nach einer Studie des Forschungsinstitut forsa für das Nachrichtenmagazin Stern wünschen sich 48 Prozent der Bevölkerung eine Koalition von Union und Grünen auf Bundesebene. Für mich als angehenden Politikwissenschaftler bedeutet dies jedoch lediglich, dass die Menschen bereits sämtliche andere Koalitionsmöglichkeiten (Union plus SPD, SPD plus Grüne, Union plus FDP) getestet haben, von ihnen enttäuscht wurden und auf der Suche nach einer neuen Option sind. Was mich in dieser Annahme bestätigt, ist das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Option schwarz-grün: so glauben laut der forsa-Studie nur 18 Prozent, dass eine solche Koalition besser arbeiten würde, als die jetzige Regierung. 19 Prozent denken sogar, dass eine Regierung bestehend aus Union und Grünen schlechter wäre – 56 Prozent glauben an keine Veränderung.

Für Gabriel war das Treffen mit Lafontaine also sehr gut kalkuliert, denn so kann er sich eine Machtoption offenhalten, oder sie zumindest simulieren. Denn im nächsten Jahr einen Wahlkampf zu führen, an dessen Ende sowieso erneut die große Koalition steht, würde sich lähmend auf die Anhänger der SPD auswirken und den Abwärtstrend der Partei bestätigen. Zum anderen lässt sich durch das Treffen der linke Parteiflügel der SPD befrieden, der unter dem neoliberalen Kurs Gabriels immer unzufriedener wird. Dass wir im Herbst 2017 am Ende eine rot-rot-grüne Regierung haben, halte ich jedenfalls für unwahrscheinlich. Nicht nur, weil es rechnerisch wohl kaum möglich sein wird, sondern vor allem deshalb, weil die programmatischen Differenzen weder mit der jetzigen SPD-Führung, noch mit den sich der CDU-anbiedernden Grünen, möglich sein wird.

Lob und Zustimmung für den Gesetzesentwurf der Thüringer Landesregierung

„Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen haben mit ihrem Gesetzesentwurf zum Ausbau der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen bei den Organisationen, Institutionen und Sachverständigen in der heutigen Landtagsanhörung des Innenausschusses sehr breite Unterstützung für die inhaltlichen und systematischen Vorschläge gefunden. Alle Anzuhörenden befürworten im Grundsatz den Gesetzesentwurf“, erklärt Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Fraktion DIE LINKE.

„Mehrere Anzuhörende – vor allem mit bundesweiten Erfahrungen zur direkten Demokratie, wie Prof. Theo Schiller aus Marburg – betonten, dass der Gesetzesentwurf der modernste und beste ist, den es derzeit zur direkten kommunalen Demokratie in Deutschland gibt. Damit wird Thüringen im Bundesvergleich Vorreiter in Sachen direkter Demokratie in Kommunen“, so die Abgeordnete weiter.

Der Thüringer Bürgerbeauftragte, vor allem aber auch der Vertreter der Bürgerbeteiligungsstelle im Staatsministerium von Baden Württemberg, hießen den Gesetzesentwurf gut, auch wegen der Instrumente, die den Dialog zwischen Bürgern und Kommunalgremien bei der direkten Demokratie stärken, wie das Ratsbegehren oder die Möglichkeit, einen Alternativvorschlag in den Bürgerentscheid einzubringen. Auch die Einführung des Beratungsrechts der Initiativen sowie der Informationspflicht der Kommunen vor dem Bürgerentscheid fanden breite Unterstützung. Zwar hätten der Gemeinde- und Städtebund und der Landkreistag in der Anhörung Kostenfragen moniert, „aber nachdem der Thüringer Steuerzahlerbund in der Anhörung die Kostenregelungen und -aspekte als angemessen gelöst und gerechtfertigt bezeichnet hat, sehen sich die Koalitionsfraktionen auch in diesem Punkt mit ihrem Gesetzesvorhaben bestätigt“, betont Müller.

Abschließend kündigt die LINKE-Abgeordnete an, „dass die Koalitionsfraktionen die Anhörung und ihre Ergebnisse intensiv auswerten werden auch mit Blick darauf, dass von Anzuhörenden noch Vorschläge zur Weiterentwicklung der direkt-demokratischen Instrumente gemacht wurden, wie z.B. auch beim Ratsbegehren aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürger einen Alternativvorschlag zu ermöglichen“

Andrea Nahles Gesetz zur Leiharbeit ist eine Mogelpackung

Nach monatelangem Streit und mehrfachem Scheitern der Verhandlungen um das Gesetz zur Beschränkung der Leiharbeit von Arbeitsministerin Andrea Nahles hat sich nun die Koalitionsspitzen von Union und SPD endlich eine Einigung gefunden – die den Arbeitgebern mehr entgegenkommt, als dies zunächst erscheint.

Doch davon ist zunächst keine Spur, als die Arbeitsministerin am Dienstag den 11. Mai vor die Kamera tritt. Sie gibt sich als Siegerin, die sich gegen die Union durchgesetzt und für Arbeitnehmerinteressen eingesetzt hat. Die SPD-Versprechen aus dem Koalitionsvertrag – Beschränkung der Zeitarbeit auf 18 Monate, gleicher Lohn für Zeitarbeiter nach 9 Monaten, besserer Schutz vor Missbrauch von Werkverträgen – seien alle eingehalten. Das mag stimmen. Doch wenn man genauer hinsieht, fällt auf: Nahles musste in ihr Gesetz viele Klauseln und Sonderregeln einbauen, damit es letztendlich auch verabschiedet wird. Beispielsweise dürfen nicht nur tarifgebundene Unternehmen weiterhin von der 18 Monatsfrist abweichen, sondern auch Unternehmen ohne Tarifvertrag. Auch das Verbot, bei Streiks die Belegschaft durch Leiharbeiter zu ersetzen, wurde entschärft. Der Chef des Verbandes Gesamtmetall, Oliver Zandel, lobt den Gesetzesentwurf für die „notwendigen Freiräume“ für Arbeitnehmer. Klaus Ernst, Fraktionsvize der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, sagte zum neuen Gesetz: „Die Regelung zu Werkverträgen wird in der Praxis zu einer Verschlechterung der Situation für

die Arbeitnehmer in Werkverträgen führen. Dieser Gesetzentwurf ist offensichtlich eine Auftragsarbeit im Interesse der Arbeitgeberverbände in Deutschland. Die SPD muss diesen Gesetzentwurf deutlich nachbessern, wenn sie nicht den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit verspielen möchte.“

Termine für Mai und Juni

21.05.2016	09:30 Uhr	Mitgliederversammlung
28.05.2016	16:00 Uhr	Ökumenisches Friedensgebet, St. Maria Magdalena (Lfd)
anschließend	17:00 Uhr	Demo gegen den Eichsfeldtag der NPD, Start: Eichsfelder Hof in Leinefelde
31.05.2016	18:00 Uhr	Gesprächsrunde mit Ministerpräsident Bodo Ramelow, im „Forsthaus Kellner“ (Landstraße zwischen Heiligenstadt und Kalteneber)
05.06.2016		Bürgermeisterwahl in Leinefelde
06.06.2016	18:00 Uhr	Gesprächsrunde zu TTIP/CETA, Urania Leinefelde
13.06.2016	19:30 Uhr	Buchlesung mit MdB Jan Korte (DIE LINKE) aus seinem Buch „Geh doch rüber!“, Stadtbibliothek Heiligenst.
15.06.2016	17:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung (Geschäftsstelle)
18.06.2016	16:00 Uhr	Buchlesung mit Dr. Bollinger, „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“, Foyer Stadthalle

Herausgeber:

DIE LINKE. Eichsfeld

www.die-linke-eichsfeld.de

rgeschaefsstelle@die-linke-eichsfeld.de

sigrid.hupach@bundestag.de

DIE LINKE. Eichsfeld

Geschäftsstelle

Marktplatz 6/7

37308 Heilbad Heiligenstadt

Tel. 03606 613552

Fax 608761

Abgeordnetenbüro

Marktplatz 6/7

37308 Heiligenstadt

Tel. 03606/6099671

Fax 6099672

KONTO:

Kreissparkasse

Eichsfeld

IBAN: DE12 8205

7070 0260 0016 00

BIC: HELADEF1EIC

v.i.S.d.P.: Lucas Bode